

Jahresbilanz des Fachverbandes Steine-Keramik: Realitätsfremde Vorgaben und Zertifizierungs-Chaos: „Am Ende zahlt der Hausbauer drauf!“

Österreichs Wirtschaft verliert durch gravierende Mängel in der Infrastruktur jedes Jahr rund 27 Milliarden Euro. Das Grundsatzbekenntnis der Regierung zum Ausbau der Infrastruktur ist zu wenig, wenn die Taten fehlen, stellt der Fachverband Steine-Keramik in der WKO fest. Harte Kritik übt der Fachverband zudem an realitätsfernen Vorgaben des geplanten Energieeffizienzgesetzes und am Zertifizierungs-Chaos bei Baustoffen. Die einzigen, die etwas davon haben, sind die Zertifizierer selbst. Bezahlen muss dies letztendlich der Hausbauer.

Die Unternehmen des Fachverbandes der Stein- und keramischen Industrie haben ihren Umsatz im Jahr 2012 um 0,22 Prozent von 3,339 auf 3,347 Milliarden Euro gesteigert. Dies hat die jährliche Konjunkturerhebung unter den Mitgliedern ergeben. Zu den größten Gewinnern zählen die Kalk- (+ 18,69 Prozent) und die Zementindustrie (+ 4,19 Prozent), während die Naturwerkstein- (- 18,32 Prozent) und die Transportbetonindustrie (- 4,54 Prozent) am meisten an Boden verloren haben.

„In Anbetracht der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation ist das ein akzeptables Ergebnis“, resümiert Andreas Pfeiler, Geschäftsführer des Fachverbandes: „Dennoch haben wir mit zahlreichen Baustellen zu kämpfen.“ Ein großes Problem sei zum Beispiel der Rückgang der Beschäftigten in der Branche um 2,22 Prozent, von 14.133 auf 13.820. Hier gelte es in Zukunft besonders anzusetzen.

Infrastruktur: Wirtschaft verliert 27 Milliarden Euro pro Jahr

Im Infrastrukturbereich seien etwa dringend Maßnahmen nötig. Zwar bekennen sich beide Regierungsparteien grundsätzlich zum Ausbau der Infrastruktur, tatsächlich wird aber mit dem Hinweis auf die Budgetlage deutlich zu wenig investiert. Daher kostet die derzeit alles andere als optimale Situation die Wirtschaft eine Menge Geld. Der jährliche Infrastrukturreport besagt, dass Österreichs Wirtschaftsleistung im Jahr 2012 bei entsprechendem Ausbau um gut 27 Milliarden Euro (neun Prozent) höher wäre. Der Wertschöpfungsverlust seit 2005 beträgt sogar 181,1 Milliarden Euro.

Investitionen in die Zukunft bringen höhere Steuereinnahmen

„Im Gegensatz zu vielen anderen Ausgaben der öffentlichen Hand, ist der Ausbau der Infrastruktur eine Investition in die Zukunft. Eine bessere Infrastruktur schafft

Arbeitsplätze (nicht nur in der Baustoffindustrie), macht den Standort attraktiver, führt zu Kostensenkungen, bewirkt eine höhere Wettbewerbsfähigkeit und damit letztlich auch höhere Steuereinnahmen“, sagt Manfred Asamer, Obmann des Fachverbandes Steine-Keramik. „Deshalb ist es uns besonders wichtig, dass die Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft diesem Thema den Stellenwert geben, den es verdient. Das Bekenntnis der Republik zum Ausbau der Infrastruktur muss sich auch im Koalitionspapier einer künftigen Regierung finden. Dem Bekenntnis müssen allerdings auch entsprechende Taten folgen.“

Transportoptimierung: Ministerium verweigert Gespräche

Besonders schwierig ist es, mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie zum Thema Transportoptimierung ins Gespräch zu kommen. „Hier wird stets das Thema ‚Gigaliner‘ vorgeschoben“, so Asamer. Gigaliner seien allerdings für die Baustoffbranche kein Thema, weil diese weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll eingesetzt werden können.

Vielmehr ist es das Ziel der Branche, ihre jährlichen Lkw-Fahrten um 15 Prozent zu reduzieren. „Dies wären 1,2 Millionen Fahrten pro Jahr oder 74,4 Millionen Straßenkilometer weniger. Einsparen könnte man 60.000 Tonnen CO₂-Emissionen. Erreicht werden kann dies durch eine leichte Anhebung der Gewichtslimits. Ein um zehn Prozent höheres Gesamtgewicht der Lkw wäre ausreichend“, erklärt Asamer. Aufgrund der kurzen Distanzen - der durchschnittliche Transportweg beträgt rund 30 Kilometer - ist auch der Bahntransport keine Alternative. Zudem lassen die ÖBB immer mehr Verladestellen auf. Dies verschärft die Situation zusätzlich.

Energie - Emissionen: Realitätsfremde Vorgaben

Ein weiteres Problem sieht der Fachverband Steine-Keramik im riesigen Geld- und Verwaltungsaufwand, der nötig ist, um die Vorgaben des geplanten Energieeffizienzgesetzes zu erfüllen. „Dadurch werden bereits effiziente Betriebe, die kein weiteres Einsparungspotenzial mehr besitzen, bestraft“, kritisiert Andreas Pfeiler, Geschäftsführer des Fachverbandes. Vor allem in der Zement- und Kalkindustrie seien die Vorgaben realitätsfremd. Das Einsparungspotential ist dort sehr gering.

Weiters plant die EU-Kommission die Zahl der Emissionszertifikate, die versteigert werden können, zu verringern. Erst 2019/2020 soll es wieder mehr solcher Zertifikate geben. „Aufgrund der ungenauen Formulierungen sind wir gegen diese auch EU-intern höchst umstrittene Maßnahme“, sagt Andreas Pfeiler. Es bestehe zudem die Gefahr eines permanenten „Set-Asides“ - d.h., dass die nötigen Zertifikate später nicht mehr zur Verfügung stehen. „Wir haben unsere Argumente bereits den EU-Abgeordneten übermittelt. Die Planungssicherheit für Unternehmen und die Integrität des Systems müssen bewahrt werden. Die EU-Kommission darf ein funktionierendes System nicht willkürlich verändern.“, fordert Pfeiler.

Wohnbauförderung: „Erwarten uns klares Bekenntnis!“

Aufgrund des weiterhin gravierenden Wohnungsmangels bleibt auch das Thema Wohnbauförderung im Mittelpunkt des Interesses der Baustoffindustrie. In den nächsten zehn Jahren werden wegen des Bevölkerungswachstums bundesweit rund 35.000 geförderte Wohnungen pro Jahr notwendig. „Die Verhandlungen zum Finanzausgleich sind entscheidend für die Wohnbaupolitik bis zum Jahr 2020. Wir erwarten uns ein klares Bekenntnis zur Wohnbauförderung, um Wohnen leistbar zu machen und den Wohnungsbedarf zu decken“, sagt Bernd Wolschner, stellvertretender Obmann des Fachverbandes Steine-Keramik.

Lob gibt es von Wolschner für den Sanierungsscheck. 650 Millionen Euro an Investitionen, 9.800 Arbeitsplätze und 3,3 Millionen Tonnen weniger Emissionen im Jahr 2012 seien Beweis, dass die Offensive zur thermischen Sanierung funktioniert. Zudem hätten die neuen Förderrichtlinien die bürokratischen Hürden deutlich verringert. „Wir freuen uns, dass unseren Forderungen nach einem einfacheren Antragsverfahren Rechnung getragen wurde und begrüßen die erneute Offensive für das Jahr 2013.“

Bauprodukt-Zertifikate: „Bringen nur den Zertifizierern etwas!“

Mehr Schwierigkeiten bereitet der Baustoffbranche die Komplexität der Umweltdeklarationen für Bauprodukte. Diese EPD (Environmental Product Declarations) gelten als Basis für die Nachhaltigkeitsbewertung von Gebäuden. Vor allem die gegenseitige Anerkennung von Zertifizierern aus Österreich und Deutschland stellt ein Problem dar, weil die deutschen und österreichischen EPDs auf unterschiedlichen Datensätzen basieren.

„Es ist notwendig, in diesem Bereich etwas zu tun, aber mit Maß und Ziel. In der derzeitigen Form bringen die EPD nur den Zertifizierern etwas. Am Ende zahlt der Hausbauer drauf“, kritisiert Wolschner. Der Fachverband der Stein- und keramischen Industrie ist bereit, sich hier produktiv einzubringen, Vorschläge abzugeben und Lösungen aktiv mitzugestalten.

Rückfragehinweis

DI Dr. Andreas PFEILER

Geschäftsführer

Fachverband der Stein- und keramischen Industrie

Tel: +43 (0) 5 90 900-3531

E-mail: steine@wko.at